

Beschluss des Landrats vom 16.11.2023

Nr. 229

22. Mammographiescreening mit Monitoring

2023/335; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage dessen Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Sven Inäbnit (FDP) spricht im Namen der Postulantin, alt Landrätin Christina Jeanneret-Gris. Die FDP-Fraktion sei nicht absolut gegen Abschreibung, aber es gebe noch zwei offene Fragen an den Regierungsrat, die der Postulantin sehr wichtig seien. In Abhängigkeit der Antworten wird dann entschieden, ob der Abschreibung zugestimmt wird oder nicht.

In der Begründung des Regierungsrats wird in Aussicht gestellt, dass die Forderungen im Leistungsauftrag an den Anbieter des Mammographiescreening-Programms so festgehalten werden. Ist dem wirklich so und wie sieht der diesbezügliche Fahrplan aus? Ist der Leistungsauftrag bereits ausgeschrieben?

Die Screening-Programme sind nach wie vor wissenschaftlich umstritten. Dies muss an dieser Stelle nicht erneut diskutiert werden. Die Vorstösse wurden bereits überwiesen. Die Postulantin fordert jedoch eine Kosten-Nutzen-Analyse und eine Überprüfung, inwiefern die Programme letztlich tatsächlich einen Benefit haben. Ist der Regierungsrat bereit bei Vorliegen der Analyse allenfalls auch wieder vom Programm Abstand zu nehmen?

Lucia Mikeler Knaack (SP) hat sich bezüglich der noch offenen Fragen bei der VGD informiert. Im Rahmen der Motion (2022/543) und der Petition (2023/114) seien genau diese Fragen schon in Bearbeitung, habe die Direktion gesagt. Eine Kontaktaufnahme mit der Krebsliga beider Basel hat bereits stattgefunden und es wird geprüft, welche Richtlinien vorgegeben werden sollen. Auch über die Kosten wird schon gesprochen.

Die Kosten-Nutzen-Analyse ist auch auf gutem Weg. Die SP-Fraktion ist für Überweisung und Abschreibung.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) sagt, die Grüne/EVP-Fraktion sei auch für Überweisung und Abschreibung. Es ist wichtig, dass das Programm ausgewertet und fachlich begleitet wird. Der Regierungsrat schreibt, dass eine Verpflichtung zur Teilnahme am Programm grosse rechtliche, ethische und gesellschaftliche Fragen aufwerfen würde. Für die Fraktion ist es zwingend, dass die Frauen selber bestimmen können, ob, wann und wie oft sie das Angebot wahrnehmen möchten.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) kann sich zwischendurch das eine oder andere Votum ersparen, wenn seitens Parlament die regierungsrätliche Antwort vorweggenommen werde. Ein Dank an Lucia Mikeler Knaack. Nun nochmals: Die Stellungnahme des Regierungsrats ist vom 19. September 2023. Die entsprechenden Kontakte mit der Krebsliga haben stattgefunden und eine Auslegeordnung wurde gemacht. Es müssen noch Überlegungen angestellt werden, in welcher Form die Ausschreibung erfolgen soll, dies auch im Kontext von Direktvergabe Ja oder Nein. Regierungsrat Thomi Jourdan ist für ein faktenbasiertes Wirken in der Politik und ist gespannt, was das Monitoring zeigen und bringen wird. Am Ende ist es jedoch das Parlament, welches Aufträge erteilt und Programme verlängern kann. Die Fakten, Analysen etc. werden selbstverständlich dem Parlament vorgelegt.

Sven Inäbnit (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion sei mit Abschreibung einverstanden.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und abgeschrieben.
